

Finanzen

Wir stellen fest:

- Die finanzielle Lage der Stadt hat sich langsam aber sicher verschlechtert. Auf den ersten Blick mögen die Konten ausgeglichen wirken. Dieses Resultat besteht, zu grossem Teil, aus der Erhöhung der Steuern und dem Verkauf von Aktiven, dank einem buchhalterischen Kunstgriff.
- Die Steuererhöhung von 2014 sollte laut Gemeinderat für die Finanzierung der schulischen Bauten dienen. Doch wurde dieses Budget sozusagen nur für das tägliche Geschäft verwendet. Dazu kommen noch die Erhöhung der Abfallgebühren und der Feuerwehrabgabe.
- Aus Mangel an einer vorausschauenden Finanzpolitik der Stadt und angesichts des erwarteten starken Anstiegs der Kosten im Sozialbereich erscheint eine erneute Steuererhöhung in der nächsten Legislatur mehr als nur wahrscheinlich.
- Eine ungünstige finanzielle Lage wird die Ansiedlung neuer Unternehmen in der Gemeinde nicht ermutigen, vielmehr werden Unternehmen deswegen die Stadt verlassen. Die Finanzen zu sanieren und zu stärken ist das einzige Mittel, um vorteilhafte Bedingungen zu schaffen, als Grundlage für die Fusion der Gemeinden, die sich heute in der Agglomeration befinden.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Zusammen mit den Verantwortlichen der Stadt und den politischen Parteien soll eine Prioritätenliste für Investitionen erstellt werden.
- ✓ Die Stadt Freiburg lebt immer noch über ihre Mittel und muss sich hier einschränken. Ohne Umsetzung dieser fundamentalen Massnahmen verpflichten wir uns, gegen jegliche Steuererhöhung Opposition zu führen und scheuen uns nicht, ein kommunales Referendum anzuwenden.
- ✓ Parallel und bis sich eine Fusion konkretisiert, erwarten wir eine intensive Zusammenarbeit der Gemeindebehörden mit den Nachbargemeinden im Bereich Öffentlicher Dienst (Service Public). Diese Massnahme sollte die Rationalisierung der Dienste und eine Senkung der Kosten ermöglichen.

Mobilität und Verkehr

Wir stellen fest:

- Es wird immer schwieriger, in der Stadt vorwärts zu kommen. Die Massnahmen zur Verkehrsmässigung in der Stadt (Einbahnstrassen, 20er und 30er Zonen usw.) haben den Verkehr nur in die Wohnquartiere verlagert.
- Parkplätze sind zu teuer geworden und zudem nur von kurzer Dauer. Der Zugang zu Geschäften und Restaurants ist dadurch sozusagen unmöglich geworden.
- Die Unternehmen und Bewohner fühlen sich von den Parkkontrollen bedrängt und sehen darin nur eine neue Abgabe in Form von Bussen.
- Die öffentlichen Verkehrsmittel sind nicht effizient. Es sind immer noch dieselben Strecken wie vor 50-60 Jahren, ohne neue Überlegungen. Die Preise sind viel zu hoch und das Aufheben der Kurzstrecke benachteiligt hauptsächlich die Stadtbewohner. Es werden in den neuen Automaten keine Karten oder Scheine als Zahlungsmittel angenommen. Der Fahrplan ist oft sehr kompliziert und unverständlich.
- Viele Läden und Unternehmen verlassen die Stadt und lassen sich in der Vorstadt nieder.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Erschwingliche Parkplätze sollen sich in der Nähe von Geschäften und Restaurants befinden. Die Unternehmen sollen für ein gutes Funktionieren genügend Platz haben.
- ✓ Verkehrsberuhigungen sollen von einem verstärkten ÖV-Angebot und einer Tarifsenkung begleitet werden. Auch das Erstellen von Fussgängerzonen soll von angemessenen Parkings in Fussdistanz begleitet werden.
- ✓ In den Vororten sollen P+R-Gelegenheiten eingerichtet werden, die regelmässig und günstig von öffentlichen Verkehrsmitteln bedient sind.
- ✓ Separate Busspuren sollen geschaffen werden. Die Stadt soll die TPF auffordern, attraktiver zu werden (elektronische Zeitanzeigen, leistungsfähige Automaten, pünktliche Busse usw.).
- ✓ Der Tarif für Kurzstrecken soll wieder eingeführt werden.

Raumplanung

Wir stellen fest:

- Die laufenden Projekte der Stadt Freiburg sehen ein Szenario von einer Zuwanderung von 20'000 Einwohnern in den nächsten 15 Jahren vor. Die Schulen sind heute schon zu klein und die Strassen verstopft.
- Arbeitsstellen sind rar und viele Personen müssen sich zum Arbeiten in die Genfersee-Region oder nach Bern begeben.
- 60 Meter hohe Hochhäuser werden das Stadtbild radikal verändern.
- Energietechnisch bieten die öffentlichen Gebäude kein Beispiel energetischer Nachhaltigkeit.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Die vom Raumplanungsgesetz vorgesehene urbane Verdichtung muss mit viel Sensibilität proportional geschehen und sich in die existierenden Gebäude eingliedern. Die Grünflächen sollen erhalten bleiben und für die Bevölkerung zugänglich sein. Infrastrukturen wie Schwimmbäder, ein neues Eis-Stadion und Schulen sollen das Bevölkerungswachstum begleiten.
- ✓ Die Schaffung neuer Arbeitsstellen soll eine Priorität sein. Freiburg soll keine Schlafstadt bleiben.
- ✓ Das Energie-Potential der öffentlichen Bauten soll mit Solarzellen genutzt werden (Beispiel: das Dach des Equilibre).
- ✓ Das Erstellen von Hochhäusern muss von Fall zu Fall diskutiert werden und die Zustimmung der Bevölkerung benötigen.

Sozialpolitik

Wir stellen fest:

- Trotz erheblicher Ausgaben kann die Stadt Freiburg die Nachfrage nach subventionierten Krippenplätzen bis anhin nicht befriedigen.
- Heute leben 9 von 10 Senioren in unabhängigen Wohnungen. Dies ist erfreulich und verdient unsere Unterstützung. Gespräche mit Senioren zeigen, dass wichtige Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Erwartungen zu entsprechen.
- Die Zahl jener, die finanziell unterstützt werden, steigt in allen Städten rasant. In Freiburg sind es über 10 % der Wohnbevölkerung. Zu viele Jugendliche wechseln nach Abschluss ihrer Ausbildung direkt zur Sozialhilfe. Eine schlecht kontrollierte Immigration und das herrschende Chaos im Asyl-Bereich belasten zudem ein Sozialnetz, dessen Kosten in den nächsten Jahren stark ansteigen werden.
- Der Kampf gegen den Missbrauch hat sich verbessert, ist aber noch unvollkommen. Es werden noch zu viele Betrugsfälle erst aufgedeckt, nachdem beträchtliche Beträge zu Unrecht ausgezahlt wurden.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Die Zahlungen an Krippen sollen ersetzt werden durch eine Subvention an jene Eltern, welche Krippen für ihre Kinder nutzen wollen. Somit kann die Entstehung neuer Strukturen gefördert werden.
- ✓ Die Stadtbehörden sollen private Bemühungen unterstützen, genügend altersgerechte Wohnungen zu bauen. Diese Wohnungen brauchen eine zentrale Lage mit nahem öffentlichem Verkehr, mit einem guten gesellschaftlichen Mix und, was sehr wichtig ist, mit hoher Sicherheit.
- ✓ Arbeitslose Jugendliche, welche sich Eingliederungsmassnahmen widersetzen, sind mit der Strenge des Gesetzes anzugehen. Bei Sozialbetrug sollen die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen ohne Nachgiebigkeit, im Sinne der Glaubhaftigkeit und Angemessenheit des Systems, angewandt werden.

Sicherheit und Sauberkeit

Wir stellen fest:

- Mehrere Kernpunkte der Stadt (beispielsweise der Bahnhof, die Grand-Places) werden von Gestalten aufgesucht, die dort nichts zu suchen haben und dabei die ehrlichen Bürger verängstigen. Die Stadt leidet regelmässig unter konstanten nächtlichen Ruhestörungen, verursacht von stark angetrunkenen Personen, die ein Gefühl der Unsicherheit auslösen.
- Gewisse Abfall-Sammelstellen der Quartiere sind vollkommen verschmutzt und unzumutbar. Ein Anteil der Bevölkerung benützt die kostenpflichtigen Säcke nicht. Als Konsequenz werden die Kosten der Säcke für die anständigen Bürger erhöht.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Eine vorbeugende Polizeipräsenz ist aufzubauen, um den Störungen Einhalt zu bieten und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.
- ✓ Überwachungskameras sind an kritischen Stellen einzusetzen, vor allem beim Bahnhof.
- ✓ Die Stadt muss mehr Abfall-Sammelstellen in den Quartieren einrichten. Die Stadt muss bei der TPF intervenieren, damit die Abfallverwertungsstelle „Neigles“ zeitweiligen Anschluss an die öffentlichen Verkehrsmittel bekommt.
- ✓ Die lokale Polizei muss bei der Überwachung der Entsorgungsstellen vermehrt zum Einsatz kommen und bei Zuwiderhandlungen systematisch mit strengeren Sanktionen vorgehen.

Schulen

Wir stellen fest:

- In der zweisprachigen Stadt Freiburg wird die Zweisprachigkeit im Schulbereich zu wenig gefördert. Ein zweisprachiges Schild am Bahnhof genügt nicht.
- Die Präsenz fremdsprachiger Kinder, die nur schlecht Französisch oder Deutsch sprechen, mindert die Qualität des Unterrichts in den Freiburger Schulen und verlangsamt den Fortschritt der gesamten Klasse.
- Mehrere Schulgebäude befinden sich in einem veralteten Zustand und sind unwürdig für ein reiches Land wie die Schweiz.

Unsere Vorschläge:

- ✓ Die Stadt muss zweisprachige Klassen in den Primar und Sekundarschulen schaffen.
- ✓ Alle durchführbaren Massnahmen sollten getroffen werden, damit fremdsprachige Kinder eine geeignete und anspruchsvolle Ausbildung erhalten.
- ✓ Die Stadt muss Massnahmen zur Verbesserung der Eltern-Lehrer-Beziehung ergreifen. Die Anwesenheit der Eltern an den Informationsabenden sollte obligatorisch sein.
- ✓ Der Bau neuer Schulgebäude muss geplant und durchgeführt werden, um den zukünftigen mittelfristigen Bedürfnissen vorzugreifen